

Beschluss des Landrats vom 26.09.2024

Nr. 742

19. Wie weiter mit unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, insbesondere wenn diese die Volljährigkeit erlangen?

2024/347; Protokoll: ps

Roger Boerlin (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Roger Boerlin (SP) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Der Redner hat den Eindruck, der Regierungsrat sei sich bewusst, welche grosse Herausforderung die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden für die Gemeinden und auch für den Kanton bedeuten. In der Antwort wird auch die Rolle der Gemeinden angesprochen. Die sind gemäss Sozialhilfegesetz hauptsächlich verantwortlich für die volljährigen Flüchtlinge, für diejenigen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben. Es werden auch ganz konkrete Anschlusslösungen für die UMA aufgezeigt, die die Volljährigkeit erreichen. Das Angebot von «Leaving Care» ist nach der Kenntnis des Redners neu und wurde offenbar erst ins Leben gerufen, nachdem die Pflegefamilien und auch die Beistände öffentlich die Sorge über die weitere Integration von ehemaligen UMA geäussert haben. Ob das Angebot «Leaving Care» genügt, bezweifelt der Redner. Man muss sich einfach einmal in die Lage der Flüchtlinge versetzen. Die meisten von Ihnen haben eine beschwerliche Flucht hinter sich, sind monatelang ungeschützt unterwegs gewesen und sämtlichen Gefahren ausgesetzt. Sie haben alles aufgegeben, das ganze familiäre Umfeld und alles Vertraute. Die meisten, das ist bekannt, sind auch traumatisiert und brauchen individuelle Begleitung. Darum stellt sich die Frage: Sind die Gemeinden wirklich gewappnet für die Betreuung dieser jungen Menschen, die wegen der Volljährigkeit jetzt plötzlich den Erlenhof oder die Pflegefamilie verlassen müssen und in die Obhut der Gemeinden überführt werden? Verfügen die Gemeinden über die entsprechenden Ressourcen für geeignete Anschlusslösungen? Der Antwort des Regierungsrats entnimmt der Redner, dass da schon Kapazitäten vorhanden sind. Es ist eine gute, korrekte Antwort. Man wird sehen, wenn in den kommenden Monaten die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden die Volljährigkeit erreichen, ob die Anschlusslösungen und die erforderliche Begleitung auch ausreicht. Der Redner hofft, dass das funktioniert, was der Regierungsrat aufgezeigt hat.

Andrea Heger (EVP) teilt die Sorgen des Interpellanten. Sehr wichtig ist in dieser Jugendzeit, dass jemand, der Fuss gefasst und ein Beziehungsnetz aufgebaut hat, möglichst viel Konstanz behalten und weiterbetreut werden kann, gerade mit einem solch schwierigen Hintergrund. Was aufgebaut wurde, soll möglichst nicht verloren gehen, sondern weitergeführt werden. Ebenso möchte sich die Rednerin dem Dank anschliessen. Die Rednerin erlebt auch immer wieder die Zusammenarbeit mit gewissen Fachstellen und sie hat den Eindruck, dass offen zugehört wird, wenn die Gemeinden Ideen und Vorschläge bringen. Es wäre für die Gemeinden wirklich sehr hilfreich, dass die Jugendlichen auch in Familien oder im Erlenhof bleiben können, wenn dies sinnvoll erscheint, auch auf Kosten der Gemeinden. Es kann sinnvoll sein, jemanden in diesem Setting zu lassen und ihn nicht herauszunehmen, nur weil sich die Zuständigkeit für die Kosten ändert. Insbesondere eignen sich Pflegefamilien besonders gut, weil jemand dort besser in die Gesellschaft integriert werden kann. Auch später kann auf diese Beziehung zurückgegriffen werden. Das ist anders als eine Institution – sei es ein Heim wie der Erlenhof oder sonst ein Kinderheim. Die Rednerin hofft, dass es gut kommt. Die Gemeinden machen sich gewisse Sorgen, weil noch nicht überall die guten Netzwerke aufgebaut wurden.

Gzim Hasanaj (Grüne) kommt aus dem Bereich und kennt sich aus. Der Redner weiss, dass der Regierungsrat in den letzten Monaten, vor allem diesen Frühling, sehr stark angegriffen und kritisiert wurde in dieser Frage. Deswegen fühlt sich der Redner verpflichtet, eine Lanze für den Regierungsrat zu brechen und ihn in dieser Frage zu unterstützen. Der Redner findet, die Entscheidung des Regierungsrats war richtig und auch die Interpellation wurde sehr gut beantwortet. Zur Einordnung: Gzim Hasanaj hat sich immer sehr stark eingesetzt für eine Lösung auf kommunaler Ebene. Er war entsetzt, als es jahrelang keine Lösung für Minderjährige gab, sondern sie in Asylheimen mit Erwachsenen untergebracht wurden. Der Kinderschutz soll für alle in einem Territorium gelten, unabhängig vom Status. Dann wurde endlich diese Lösung geschaffen, und der Redner war stolz auf den Kanton, dass das wirklich sehr schnell geklappt hat. Die Lösung war schweizweit eine der besten. Als diese geschaffen wurde, Anfang 2015 oder 2016, gab es 12 Personen im ganzen Kanton. Nun sind es etwa 240. In schwierigen Situationen muss man schwierige Entscheidungen treffen und das war eine schwierige Situation. Aus Sicht des Redners gibt es in diesem Bereich zwei grosse Probleme: Einerseits, dass es nur einen Anbieter gibt und ein Monopol besteht – so können die Spielregeln mitbestimmt werden. Darüber möchte sich der Redner nicht weiter äussern. Das zweite Problem ist, dass sehr viele Gemeinden, vor allem kleine, die sich hier auch am meisten beschwert haben, nicht über professionellen Strukturen verfügen. Kommt eine solche Aufgabe auf sie zu, können sie diese nicht bewältigen. Anstatt sich immer zu beschweren, sollte lösungsorientiert ein Beitrag geleistet werden. Von solchen Gemeinden ist meist nur Kritik zu hören, jedoch kein Lösungsansatz. Dies war auch sichtbar, als darüber diskutiert wurde, Behördenmitglieder in anderen Gemeinden zu rekrutieren. Die Diskussion war eine ähnliche. Der Landrat müsste einen Schritt tun, um professionelle Strukturen zu schaffen. Als die KESB entstanden ist, wurde basierend auf zwei Studien festgelegt, dass es ein gewisses Einzugsgebiet mit einer bestimmten Anzahl Einwohnenden braucht. Die KESB wurde geschaffen und funktioniert gut. Der Redner geht davon, eine Mindestanzahl von 5'000 Einwohnenden sind ausreichend. Es gibt Gemeinden mit so vielen Einwohnenden und Sozialdiensten, die gut funktionieren. Das Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote hat vor einigen Jahren eine Studie durchgeführt und der Redner wurde als Fachperson interviewt. Der Redner hat gehofft, dass gewisse Schritte in diese Richtung erfolgen nach dem Grundsatz ambulant vor stationär. Aber der Redner hat den Eindruck, dass man in der Praxis etwas von diesem Grundsatz abgekommen ist. Die ambulanten Angebote müssen gestärkt werden, das heisst die Gemeindesozialdienste, weil auch eine Integration sozialraumorientiert (dort, wo die Leute leben) nachhaltiger und wichtiger ist. Eine professionelle Unterstützung in einem Heim endet irgendwann und die Leute stehen vor dem Nichts, wenn sie hinausmüssen. Es muss in die Richtung gehen, dass die Gemeinden unterstützt werden und professionelle Strukturen geschaffen werden. Die Integration muss in den Gemeinden stattfinden.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für das gute Votum, das zeige, dass jemand viel von der Thematik verstehe. Der wichtigste Aspekt wurde angesprochen: Es gibt eine enorme Zunahme der Anzahl minderjähriger allein reisender Asylsuchender. Dadurch wurde das ganze System stark strapaziert. Die Anzahl nimmt weiter zu. Das führt dazu, dass das System zurzeit überdacht wird. Die Gemeinden zu kritisieren, wäre etwas zu kurz gegriffen. Sie machen ihre Arbeit gut. Die Lösung im Kanton Basel-Landschaft ist vorbildlich. Es wird dafür gesorgt, dass die UMA bestens betreut werden, wenn sie als Minderjährige hierherkommen und eine adäquate Unterbringung und Betreuung sichergestellt werden kann, sei dies im Erlenhof oder bei einer Familie, was das angenehmste und Beste ist. Es wird schwierig, wenn immer mehr UMA dem Kanton zugewiesen werden, aber diese Stellen schon besetzt sind, die Kapazität nicht mehr gesteigert werden kann und neue zugewiesene Kinder keinen Platz mehr in den Institutionen haben. Nicht alle Kinder sind gesund, sondern oft traumatisiert. Eine kleinere Gemeinde, die vielleicht keine 100 %-Sozialarbeiterstelle hat, stellt dies vor unglaubliche Probleme. Das ist auch erkannt. Zudem gibt es

Gemeinden, welche die Aufnahmeanzahlen eher erfüllen und andere, die dies nicht tun. Auch dies soll angegangen werden. Der Redner greift nun etwas vor: Es befindet sich eine Vorlage für den Landrat in Vorbereitung – gemeinsam mit den Gemeinden – mit dem Thema, das Asylwesen ein Stück weit zu optimieren. Aktuell gibt es in Laufen ein Übergangsheim, das der Kanton betreut. Die Idee ist, den Gemeinden eine Vorlaufzeit zu geben, bevor die Zuweisung erfolgt. So hätte die Gemeinde mehr Reaktionszeit, um sich vorzubereiten. Eine weitere Idee ist, dass unter den Gemeinden abgetauscht wird, wer wo am besten aufgehoben ist und welche Gemeinde mit bestimmten Fällen am besten umgehen kann. So kann in der Zuteilung ein Stück weit eine Gewichtung vorgenommen werden. Das geht aber nur, wenn alle Gemeinden damit einverstanden sind. Deshalb wird nach einer Lösung gesucht. Wer volljährig geworden ist und aus einem Setting hinausmuss, hat weiterhin die Möglichkeit, bei einer Tagesfamilie zu bleiben. Diese Plätze lassen sich jedoch nicht beliebig vermehren. Das ist die aktuelle Situation.

://: Die Interpellation ist erledigt.
